

Stärkere Restriktionen zum APEC-Treffen

Ende März 2009 passierte ein neues Gesetz das Parlament, welches schärfere Bestimmungen bezüglich öffentlicher Proteste und Einschränkungen der Versammlungsfreiheit in Singapur vorsieht. Das Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit (Public Order Bill) soll nach Auskunft der Regierung Lücken in den bestehenden Bestimmungen schließen, bevor die Regierungschefs der Staaten des asiatisch-pazifischen Wirtschaftsfo-

rum (APEC) im November zu ihrem jährlichen Treffen in Singapur zusammen kommen.

Das Gesetz sieht vor, dass die Polizeibehörden bekannten Politaktivisten die Teilnahme an Veranstaltungen untersagen und in präventiven Polizeigewahrsam nehmen können, wenn Rechtsbrüche zu erwarten sind. Während des APEC-Treffens müssen darüber hinaus alle öffentlichen Veranstaltungen bei den Behörden ange-

meldet und von diesen im Vorfeld genehmigt werden.

Mit den Bestimmungen soll verhindert werden, dass es ähnlich wie beim Weltbank- und IWF-Treffen 2006 zu direkten Konfrontationen zwischen Polizei und protestierenden Demonstranten kommt. Vor allem angesichts der anhaltenden Wirtschaftskrise erwarten die Behörden ein erhöhtes Protestpotential.

vgl. Reuters, Singapur, 24. 3.2009

Job-Verluste bei Hochqualifizierten

Die aktuelle Krise hat besondere Auswirkungen auf die Beschäftigungssituation Hochqualifizierter in Singapur, die derzeit nach offiziellen Angaben etwa die Hälfte der Arbeitslosen und frisch Entlassenen ausmachen. Nach Angaben der Regierung hat sich die Zahl der arbeitslosen Hochschulabsolventen allein im Dezember 2008 gegenüber dem Vorjahresmonat von

6.200 auf 14.800 mehr als verdoppelt. Der Situation versucht die Regierung derzeit mit speziellen Förderprogrammen zu begegnen, indem Unternehmen Fördermittel in Aussicht gestellt werden, wenn diese Hochschulabsolventen – auch in Form von Praktika – einstellen.

vgl. Star, Malaysia, 21.3.2009

Mehr Selbstmorde in der Krise?

Die Non-Profit-Organisation *Samaritans of Singapore* (SOS) verzeichnet angesichts anhaltender wirtschaftlicher Schwierigkeiten und einer steigenden Zahl von Entlassungen eine Zunahme an Hilferufen von Menschen in Notsituationen. Wendeten sich 2007 noch mehr als 45.000 Menschen in Notlagen an die Telefonhotline der Organisation, ist diese Zahl vor allem in den letzten Monaten noch einmal deutlich angestiegen.

Gleichzeitig ist die Zahl der Selbstmorde seit 2007 weiter angestiegen. Allein 2007, dem letzten Jahr, für das offizielle Zahlen zur Verfügung stehen, betrug die Anzahl der Selbsttötungen 374. SOS geht aber davon aus, dass die

von der Regierung zugrunde gelegte Schätzung, dass auf eine Selbsttötung etwa sieben Selbstmordversuche kommen, zu niedrig angesetzt ist. Selbstmordversuche gelten in Singapur als Vergehen, die mit einer Gefängnisstrafe von bis zu einem Jahr und einer Geldstrafe geahndet werden können, so dass viele Versuche den Polizeibehörden nicht gemeldet werden.

Auch in anderen Ländern der Region verzeichnen karitative Organisationen einen Anstieg der Zahl der Hilfesuchenden. Auch die offiziellen Statistiken Hongkongs, Südkoreas und Japans weisen in der aktuellen Krise steigende Selbstmordraten aus.

vgl. AFP, Singapur, 2.4.2009

Arbeitsmigranten protestieren

Ende Februar 2009 demonstrierte eine Gruppe von etwa 100 Arbeitsmigranten aus Bangladesch vor dem Arbeitsministerium, um auf ihre prekäre Situation in dem von einer schweren Wirtschaftskrise betroffenen Stadtstaat aufmerksam zu machen. Die Migranten forderten vom Ministerium neue Beschäftigungsmöglichkeiten und die Bezahlung für geleistete Überstunden, nachdem sie von ihrem Arbeitgeber, einem Schifffahrtsunternehmen, entlassen worden waren.

Die Arbeiter, die mit dem Versprechen einer zweijährigen Beschäftigung und einem Mindestverdienst von etwa 400 \$Singapur-Dollar im Monat nach Singapur gelockt wurden, fürchten nun ihre vorzeitige Ausweisung. Viele der Migranten haben sich für ihren Arbeitsaufenthalt in ihrer Heimat hoch verschuldet. Bereits in der Woche zuvor hatten etwa 50 Arbeitsmigranten aus Bangladesch vor dem Arbeitsministerium demonstriert.

vgl. Reuters, Singapur, 27.2.2009

nachrichten

singapur